

Offener Brief

Zahlen zeigen: **Konzerne und Milliardäre bereichern sich an den Krisen**

Erstmals seit 25 Jahren nahmen extremer Reichtum und extreme Armut gleichzeitig zu. Kurz vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos sorgt ein Oxfam-Bericht für Diskussionsstoff. (...)

Durch den **deutlichen Anstieg der Lebensmittel- und Energiepreise im vergangenen Jahr seien Milliardäre noch reicher geworden.** „Während Millionen Menschen nicht wissen, wie sie Lebensmittel und Energie bezahlen sollen, bringen die Krisen unserer Zeit gigantische Vermögenszuwächse für Milliardär:innen“, sagte Oxfam-Referent Manuel Schmitt.

Wie aus dem Bericht der kapitalismuskritischen Organisation zur WEF-Jahrestagung in Davos hervorgeht, haben **95 Lebensmittel- und Energiekonzerne weltweit ihre Gewinne im Jahr 2022 mehr als verdoppelt.** Sie erzielten demnach 306 Milliarden US-Dollar an Zufallsgewinnen und schütteten 257 Milliarden US-Dollar (84 Prozent) davon an Aktionärinnen und Aktionäre aus. Oxfam definiert hier Gewinne als Zufallsgewinne, wenn sie den Durchschnitt der Jahre 2018 bis 2021 um 10 Prozent oder mehr übersteigen. (...)

Unter dem Strich seien **Konzerne und Superreiche die Gewinner von Corona-Pandemie und Energiekrise,** hielt Oxfam fest. So habe das **reichste Prozent der Weltbevölkerung** seit Beginn der Corona-Pandemie **rund zwei Drittel des weltweiten Vermögenszuwachses kassiert.** In Deutschland sei der Trend noch deutlicher: Vom Vermögenszuwachs, der 2020 und 2021 in Deutschland erwirtschaftet wurde, entfielen demnach **81 Prozent auf das reichste eine Prozent der Bevölkerung.**

Quelle: [Berliner Zeitung](#)

Erich Vad: Was sind die Kriegsziele?

Erich Vad ist **Ex-Brigade-General.** Von 2006 bis 2013 war er der militärpolitische Berater von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Er gehört zu den raren Stimmen, die sich früh öffentlich **gegen Waffenlieferungen an die Ukraine ausgesprochen** haben, **ohne politische Strategie und diplomatische Bemühungen.** Auch jetzt spricht er eine unbequeme Wahrheit aus.

Quelle: [EMMA](#)

dazu: **Wenn Journalisten die Kriegstrommeln schlagen und Generäle den Frieden fordern, läuft irgendwas komplett falsch**

Quelle: [NachDenkSeiten](#)

dazu auch: **Warum Realpolitik im Ukraine-Krieg mich ins Abseits manövriert hat**
Als „Sicherheitspolitiker“ habe ich Politikwissenschaft in den vergangenen 25 Jahren als politiknahe Wissenschaft verstanden, die sich systematische Gedanken zum Thema Krieg und Frieden macht. **Zentrale Erkenntnisabsicht ist dabei die Förderung des Friedens.** Die Frage, wie Kriege und großflächige bewaffnete Auseinandersetzungen zu vermeiden sind, **gehört zu den zentralen politischen Fragestellungen.** Jenseits der konsensfähigen Feststellung, **dass Krieg** – so die Terminologie der Charta der Vereinten Nationen – **eine „Geißel der Menschheit“ ist, an deren Einhegung und Abschaffung mit Priorität gearbeitet werden muss**, herrscht über den Erfolg versprechenden Weg dahin allerdings weniger Einvernehmen.

„Pax optima rerum“ – **der Friede ist der Güter höchstes**. Niemand wird wohl der Auffassung sein, Frieden sei kein hohes Gut. Allerdings lässt sich durchaus diskutieren, ob, wenn er zum höchsten aller Güter erklärt wird, der Frieden nicht sogleich gefährdet wird, weil die Natur der Herausforderungen nicht richtig erkannt wird. Aus diesem Grunde hatte ich in den vergangenen Jahrzehnten und lange vor dem Krieg gegen die Ukraine dafür plädiert, Deutschland solle mehr Verantwortung in der Sicherheitspolitik übernehmen, seine Streitkräfte besser ausstatten und es sich nicht ausschließlich bei den angenehmen politischen Themen bequem machen und die Greuel der Welt nur von der Seitenlinie kommentieren. Das war in weiten Teilen der Öffentlichkeit nicht immer populär, im ministeriellen Berlin fand ich damit aber durchaus Gehör. Beiratsmitgliedschaften im Auswärtigen Amt, Beratung des Verteidigungsministeriums, zahllose Vorträge in der Generalstabsausbildung, reger Austausch mit den Sicherheitspolitikern im Bundestag und den Parteien.
Quelle: [Johannes Varwick in Berliner Zeitung](#)

Ukrainekonflikt: «Jetzt wäre der richtige Zeitpunkt, die abgebrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen»

«Waffenlieferungen bedeuten, dass der Krieg sinnlos verlängert wird»

Zeitgeschehen im Fokus Welchen Wert geben Sie der Berichterstattung über die Ukraine in unseren Mainstream-Medien?

General a.D. Harald Kujat Der Ukrainekrieg ist nicht nur eine **militärische Auseinandersetzung; er ist auch ein Wirtschafts- und ein Informationskrieg.** In diesem Informationskrieg kann man zu einem Kriegsteilnehmer werden, wenn man sich Informationen und Argumente zu eigen macht, die man weder verifizieren noch aufgrund eigener Kompetenz beurteilen kann. Zum Teil spielen auch als moralisch verstandene oder ideologische Motive eine Rolle. Das ist in Deutschland besonders problematisch, weil in den Medien überwiegend «Experten» zu Wort kommen, die über keine sicherheitspolitischen und strategischen Kenntnisse und Erfahrungen verfügen und deshalb Meinungen äussern, die sie aus Veröffentlichungen anderer «Experten» mit vergleichbarer Sachkenntnis beziehen. Offensichtlich wird damit auch politischer Druck auf die Bundesregierung aufgebaut. Die **Debatte über die Lieferung bestimmter Waffensysteme zeigt überdeutlich die Absicht vieler Medien, selbst Politik zu machen.** Es mag sein, dass mein Unbehagen über diese Entwicklung eine Folge meines langjährigen Dienstes in der Nato ist, unter anderem als Vorsitzender des Nato-Russland-Rats und der Nato-Ukraine-Kommission der Generalstabschefs. **Besonders ärgerlich finde ich, dass die deutschen Sicherheitsinteressen und die Gefahren für unser Land durch eine Ausweitung und Eskalation des Krieges so wenig beachtet werden.** Das zeugt von einem **Mangel an Verantwortungsbewusstsein** oder, um einen altmodischen Begriff zu verwenden, von einer **höchst unpatriotischen Haltung.** In den **Vereinigten Staaten, einem der beiden Hauptakteure in diesem Konflikt,** ist der Umgang mit dem Ukrainekrieg wesentlich differenzierter und kontroverser, gleichwohl aber immer von nationalen Interessen geleitet.

Quelle: [Zeitgeschehen im Fokus](#)

Die USA gewinnen den Ukraine-Krieg

Die USA unterstützen die Ukraine wie kein zweites Land der Erde. Doch ganz selbstlos ist die Hilfe nicht. Denn zu verschenken hat auch Joe Biden nichts. Der US-Präsident setzt auf eine

„**Bewaffnung auf Kredit**“. Deutschland dagegen muss hoffen, dass der Krieg unweit seiner Haustür bald endet.

Alles Versagen ist immer auch Organisationsversagen. Wenn also der neue Verteidigungsminister Boris Pistorius nun seinen Dienst antritt, sollte er eine Fehlentscheidung seines CDU Vor-Vor-Vor-Vorgängers Thomas de Maizière zügig korrigieren: Die Abschaffung des Planungsstabes.

Dieser **Planungsstab** war der **interne Think Tank des Ministeriums**. Das zum Schluss rund 30-köpfige Team unterstand direkt dem Minister und war das **geostrategische Gehirn** der deutschen Verteidigungspolitik. Die Abschaffung dieser Abteilung 2012 – aus bis heute **unerfindlichen Gründen – kam einer Gehirnamputation** gleich.

Unverzüglich sollte dieser neu einzurichtende Planungsstab sich mit den **Machtverschiebungen innerhalb der Nato-Staaten befassen, die der Ukraine-Krieg** und die westliche Reaktion darauf ausgelöst haben. Es ist hochgradig politisch unkorrekt, aber dafür umso lohnender, **sich insbesondere mit den USA zu befassen**. Denn im Schatten des Krieges hat hier eine Verschiebung von Macht und Wohlstand stattgefunden, die für Deutschland mehr als schmerzhaft ist:

Quelle: [Gabor Steingart auf Focus Online](#)

dazu auch: **Im Gegensatz zu dem, was sie behaupten, importieren die Vereinigten Staaten massiv russisches Öl**

Während Washington den Kauf von russischem Öl seiner gesamten Bevölkerung und seinen Verbündeten verboten hat, **importiert es massiv, ohne seine sogenannten “Sanktionen”** zu verletzen, berichtet The Telegraph of India.

Indien kauft täglich 1,7 Millionen Barrel russisches Öl. Dieses Öl wird von Nayara Energy and Reliance Industries raffiniert und dann legal in die Vereinigten Staaten weiterverkauft.

In der Praxis **trifft der Wirtschaftskrieg der Vereinigten Staaten** nicht mehr Russland, sondern **ausschließlich seine Verbündeten in der Europäischen Union**, die die einzigen sind, denen russische Kohlenwasserstoffe vorenthalten werden. Diese **Feststellung muss mit der Sabotage der Pipelines Nord Stream 1 und Nord Stream 2 in Zusammenhang gebracht werden, weil sie also die Europäische Union ihrer Hauptenergiequelle beraubt.**

Dies zeigt, dass Washington sich voll bewusst ist, dass **Moskau nicht in die Ukraine einmarschiert ist, sondern versucht, die Resolution 2202 des Sicherheitsrates dort umzusetzen.**

Die gesamte atlantische Propaganda, die Russland der schlimmsten Verbrechen beschuldigt, zielt daher nicht darauf ab, alliierte Truppen gegen es zu mobilisieren, sondern die Europäer zu manipulieren, um sie dazu zu bringen, **eine wirtschaftliche Rezession zu akzeptieren**, die gemäß Paul Wolfowitz' Bericht an das Pentagon (Foto) im Jahr 1992 auferlegt wurde. Außenminister Antony Blinken und seine Stellvertreterin Victoria Nuland gehören derselben ideologischen Gruppe an wie Paul Wolfowitz.

Quelle: [Voltairenet](#)

Wir erinnern uns an die Resolution 2202!

Resolutionen und Beschlüsse **des Sicherheitsrats** vom 1. August 2014 bis 31. Juli 2015

Resolution 2202 (2015) vom 17. Februar 2015

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf die in **der Charta der Vereinten Nationen** verankerten Ziele und Grundsätze und in Bekräftigung seiner **uneingeschränkten Achtung der Souveränität, der Unabhängigkeit und der territorialen Unversehrtheit der Ukraine,**

mit dem Ausdruck seiner ernststen Besorgnis über die tragischen Ereignisse und die Gewalt in den östlichen Regionen der Ukraine,

in Bekräftigung seiner Resolution 2166 (2014) vom 21. Juli 2014,

fest überzeugt, dass **die Situation in den östlichen Regionen der Ukraine nur durch eine friedliche Regelung der derzeitigen Krise beigelegt werden kann,**

1. billigt das Maßnahmenpaket für die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen, das am 12. Februar 2015 in Minsk angenommen und unterzeichnet wurde (Anlage I);

2. begrüßt die Erklärung des Präsidenten der Russischen Föderation, des Präsidenten der Ukraine, des Präsidenten der Französischen Republik und der Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland **zur Unterstützung des Maßnahmenpakets für die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen, angenommen** am 12. Februar 2015 in Minsk (Anlage II), und die **darin von ihnen bekundete anhaltende Verpflichtung auf die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen;**

3. **fordert alle Parteien auf, das Maßnahmenpaket, einschließlich der darin vorgesehenen umfassenden Waffenruhe, vollständig umzusetzen;**

4. beschließt, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Auf der 7384. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Anlage I

Maßnahmenpaket für die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen

Minsk, 12. Februar 2015

1. **Unverzügliche und umfassende Waffenruhe in den gesonderten Regionen der Verwaltungsgebiete Donezk und Lugansk in der Ukraine und ihre strikte Einhaltung** ab 15. Februar 2015, 0 Uhr Ortszeit.

2. Abzug aller schweren Waffen durch beide Seiten um dieselbe Distanz, um **eine mindestens 50 km breite Sicherheitszone für Artilleriesysteme mit Kaliber 100 mm oder mehr, eine 70 km breite Sicherheitszone für Mehrfachraketenwerfersysteme (MLRS) und eine 140 km breite Sicherheitszone für Mehrfachraketenwerfersysteme „Tornado-S“ (Uragan, Smertsch) und taktische Raketensysteme (Tochka, Tochka U) zu schaffen:**

– für die ukrainischen Truppen: von der De-facto-Kontaktlinie;

– für die bewaffneten Formationen aus den gesonderten Regionen der ukrainischen Verwaltungsgebiete Donezk und Lugansk: von der Kontaktlinie in Übereinstimmung mit dem Minsker Memorandum vom 19. September 2014;

Der oben spezifizierte Abzug der schweren Waffen soll spätestens am zweiten Tag der Waffenruhe beginnen und innerhalb von 14 Tagen abgeschlossen sein.

Der Prozess wird von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) begleitet und von der Trilateralen Kontaktgruppe unterstützt.

3. Gewährleistung einer wirksamen Beobachtung und Verifizierung der Waffenruhe und des Abzugs der schweren Waffen durch die OSZE ab dem ersten Tag des Abzugs unter Einsatz aller erforderlichen technischen Ausrüstung einschließlich Satelliten, Drohnen, Radargeräten usw.

4. Aufnahme eines Dialogs am ersten Tag des Abzugs über die Modalitäten von lokalen Wahlen in Übereinstimmung mit dem ukrainischen Recht und dem Gesetz der Ukraine über das Interimsverfahren für die **lokale Selbstverwaltung in den gesonderten Regionen der Verwaltungsgebiete Donezk und Lugansk** sowie über die künftigen Regelungen für diese Regionen auf der Grundlage dieses Gesetzes.

Unverzügliche Verabschiedung eines Beschlusses des Parlaments der Ukraine spätestens 30 Tage nach der Unterzeichnung dieses Dokuments, in dem das Gebiet, **das einen Sonderstatus genießt, nach dem Gesetz der Ukraine über das Interimsverfahren für die lokale**

Selbstverwaltung in den gesonderten Regionen der Verwaltungsgebiete Donezk und Lugansk festgelegt wird, und zwar auf der Grundlage der Linie des Minsker Memorandums vom 19. September 2014.

5. **Gewährleistung der Begnadigung und Amnestie** durch Inkraftsetzung des Gesetzes, mit dem die strafrechtliche Verfolgung und Bestrafung von Personen im Zusammenhang mit den Ereignissen verboten wird, die in den gesonderten Regionen der Verwaltungsgebiete Donezk und Lugansk stattfanden.

6. **Gewährleistung der Freilassung und des Austausches aller Geiseln** und widerrechtlich festgehaltenen Personen auf der Grundlage des Prinzips „alle gegen alle“. Dieser Prozess muss spätestens am fünften Tag nach dem Abzug abgeschlossen sein.

7. **Gewährleistung des sicheren Zugangs, der Lieferung, Lagerung und Verteilung humanitärer Hilfe** an die Bedürftigen auf der Grundlage eines internationalen Mechanismus. 8. Festlegung der Modalitäten für **eine volle Wiederaufnahme der sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen**; dies umfasst Sozialtransfers wie Pensionszahlungen und andere Zahlungen (Einkünfte und Bezüge, rechtzeitige Begleichung aller Rechnungen für Versorgungsleistungen, Wiederaufnahme der Besteuerung innerhalb des rechtlichen Rahmens der Ukraine).

Zu diesem Zweck stellt die Ukraine die Kontrolle über das Segment ihres Bankensystems in den vom Konflikt betroffenen Gebieten wieder her, und nach Möglichkeit wird ein internationaler Mechanismus zur Erleichterung derartiger Transfers geschaffen.

9. Wiederherstellung der vollen Kontrolle über die Staatsgrenze durch die ukrainische Regierung im gesamten Konfliktgebiet, die am ersten Tag nach den lokalen Wahlen und nach der umfassenden politischen Regelung (lokale Wahlen in den gesonderten Regionen der Verwaltungsgebiete Donezk und Lugansk auf der Grundlage des Gesetzes der Ukraine und einer Verfassungsreform) endet; diese Regelung soll bis Ende 2015 finalisiert werden, vorausgesetzt, dass Absatz 11 in Absprache und im Einvernehmen mit Vertretern der gesonderten Regionen der Verwaltungsgebiete Donezk und Lugansk im Rahmen der Trilateralen Kontaktgruppe umgesetzt wird.

10. **Abzug aller ausländischen bewaffneten Formationen, militärischen Ausrüstung und Söldner aus dem Hoheitsgebiet** der Ukraine unter Beobachtung der OSZE. Entwaffnung aller illegalen Gruppen.

11. **Durchführung einer Verfassungsreform in der Ukraine**, wobei die neue Verfassung bis Ende 2015 in Kraft treten soll und die Dezentralisierung als Schlüsselement vorsieht (einschließlich einer Bezugnahme auf die Besonderheiten in den gesonderten Regionen Donezk und Lugansk, und zwar in Absprache mit den Vertretern dieser Regionen), und Verabschiedung dauerhafter Rechtsvorschriften über den Sonderstatus der gesonderten Regionen der Verwaltungsgebiete Donezk und Lugansk bis Ende 2015 in Übereinstimmung mit den in der Fußnote dargelegten Maßnahmen (siehe Anmerkung).

12. Auf der Grundlage des Gesetzes der Ukraine über das Interimsverfahren für die lokale Selbstverwaltung in den gesonderten Regionen der Verwaltungsgebiete Donezk und Lugansk werden Fragen im Zusammenhang mit den lokalen Wahlen mit Vertretern der gesonderten Regionen der Verwaltungsgebiete Donezk und Lugansk im Rahmen der Trilateralen Kontaktgruppe erörtert und abgestimmt. Die Wahlen werden in Übereinstimmung mit den einschlägigen OSZE-Standards und unter Beobachtung der OSZE/des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) durchgeführt.

13. Intensivierung der Arbeit der Trilateralen Kontaktgruppe, auch durch die Einsetzung von Arbeitsgruppen für die Umsetzung relevanter Aspekte der Minsker Vereinbarungen. Sie werden die Zusammensetzung der Trilateralen Kontaktgruppe widerspiegeln.

Anmerkung:

Nach dem Gesetz über das Sonderverfahren für die lokale Selbstverwaltung in den gesonderten Regionen der Verwaltungsgebiete Donezk und Lugansk handelt es sich um folgende Maßnahmen:

– Verzicht auf die Bestrafung, strafrechtliche Verfolgung und Diskriminierung von Personen, die in die Ereignisse verwickelt waren, die in den gesonderten Regionen der Verwaltungsgebiete Donezk und Lugansk stattgefunden haben;

– Recht auf sprachliche Selbstbestimmung; – Beteiligung von Organen der lokalen Selbstverwaltung an der Ernennung der Leiter der Staatsanwaltschaften und Gerichte in den gesonderten Regionen der Verwaltungsgebiete Donezk und Lugansk;

– Möglichkeit für zentrale Regierungsstellen, Vereinbarungen mit Organen der lokalen Selbstverwaltung betreffend die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung der gesonderten Regionen der Verwaltungsgebiete Donezk und Lugansk zu initiieren;

– Staatliche Unterstützung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der gesonderten Regionen der Verwaltungsgebiete Donezk und Lugansk;

– Unterstützung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den gesonderten Regionen der Verwaltungsgebiete Donezk und Lugansk mit Regionen der Russischen Föderation durch zentrale Regierungsstellen;

– Schaffung von Volkspolizeinheiten durch Beschluss der lokalen Räte zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in den gesonderten Regionen der Verwaltungsgebiete Donezk und Lugansk.

– Die Befugnisse der in vorgezogenen Wahlen gewählten und von der Werchowna Rada der Ukraine nach diesem Gesetz ernannten Abgeordneten von lokalen Räten und von Amtsträgern können nicht vorzeitig beendet werden.

Mitglieder der Trilateralen Kontaktgruppe:

Botschafterin Heidi Tagliavini

L. D. Kutschma, zweiter Präsident der Ukraine

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4
M. Ju. Surabow, Botschafter der Russischen Föderation in der Ukraine

A. W. Sachartschenko

I. W. Plotnizki

Anlage II

Erklärung des Präsidenten der Russischen Föderation, des Präsidenten der Ukraine, des Präsidenten der Französischen Republik und der Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland zur Unterstützung des Maßnahmenpakets zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen, angenommen am 12. Februar 2015 in Minsk

Der Präsident der Russischen Föderation, Wladimir Putin, der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, der Präsident der Französischen Republik, François Hollande, und die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Angela Merkel, **bekräftigen ihre uneingeschränkte Achtung der Souveränität und der territorialen Unversehrtheit der Ukraine. Sie sind der festen Überzeugung, dass es zu einer ausschließlich friedlichen Lösung keine Alternative gibt.** Sie sind fest entschlossen, zu diesem Zweck einzeln und gemeinsam alle möglichen Maßnahmen zu treffen.

Vor diesem Hintergrund unterstützen die Staats- und Regierungschefs das am 12. Februar 2015 angenommene und unterzeichnete Maßnahmenpaket zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen, das von allen Unterzeichnern des Minsker Protokolls vom 5. September 2014 und des Minsker Memorandums vom 19. September 2014 unterschrieben wurde. **Die Staats- und Regierungschefs werden zu diesem Prozess beitragen und ihren Einfluss auf die jeweiligen Parteien ausüben, um die Umsetzung dieses Maßnahmenpakets zu erleichtern.**

Deutschland und Frankreich werden technische Expertise für die Wiederherstellung des Bankensektors in den betroffenen Konfliktgebieten zur Verfügung stellen, möglicherweise durch die Schaffung eines internationalen Mechanismus zur Erleichterung von Sozialtransfers.

Die Staats- und Regierungschefs teilen die Überzeugung, dass **eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union, der Ukraine und Russischen Föderation der Beilegung dieser Krise förderlich sein wird.** Zu diesem Zweck unterstützen sie die Fortsetzung der trilateralen Gespräche zwischen der Europäischen Union, der Ukraine und Russischen Föderation über Energiefragen mit dem Ziel, nach dem Gas-Paket für den Winter weitere Folgeschritte zu vereinbaren.

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Sie unterstützen ferner trilaterale Gespräche zwischen der Europäischen Union, der Ukraine und Russischen Föderation, um praktische Lösungen für Bedenken zu erreichen, die Russischen Föderation mit Blick auf die Umsetzung des tiefgreifenden und umfassenden Freihandelsabkommens zwischen der Ukraine und der Europäischen Union geäußert hat.

Die Staats- und Regierungschefs bekennen sich unverändert zur Vision eines gemeinsamen humanitären und wirtschaftlichen Raums vom Atlantik bis zum Pazifik auf der Grundlage der uneingeschränkten Achtung des Völkerrechts und der Prinzipien der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

Die Staats- und Regierungschefs fühlen sich der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen weiter verpflichtet. Zu diesem Zweck vereinbaren sie die Schaffung eines **Aufsichtsmechanismus im Normandie-Format**, der in regelmäßigen Abständen zusammentreten wird, und zwar in der Regel auf der Ebene hoher Beamter der Außenministerien.

Mit friedliebenden Grüßen aus dem aktiven Widerstand, ihr göttlicher Klaus



WELTFRIEDEN-INTENTIONSPROJEKT von Klaus Schreiner, Innsbruck

